

Resolution an die Landesregierung Baden-Württemberg

anlässlich einer GEW Informationsveranstaltung zu „Ganztageschule“
am 17.11.2004 in Bavendorf / Ravensburg

GEW fordert mehr Personal für den Ausbau der Schulen in Baden-Württemberg zu Ganztageschulen

Der GEW Kreisverband der Region Bodensee-Oberschwaben fordert die Landesregierung auf, für alle Schulen in Baden-Württemberg, die sich zu Ganztageschulen weiterentwickeln wollen, qualifiziertes Personal in Relation zu den Ganztagesplätzen zur Verfügung zu stellen.

Die bisherige Beschränkung auf „Hauptschulen mit besonderen sozialen und pädagogischen Aufgabestellungen“ (so genannter Brennpunkthauptschulen) ist aufzuheben.

Die in der Landesverfassung festgelegte Schulgeldfreiheit beim Ausbau der Schulen zu Ganztageschulen muss sichergestellt sein.

Die jetzige Unterscheidung zwischen „Ganztageschulen nach der Definition der Landesregierung“, die mit Lehrer/innen-Stunden ausgestattet werden (für Schulträger und Eltern unentgeltlich) und solchen „Ganztageschulen nach der Definition des Bundes“, bei denen Elterngebühren verlangt werden sollen, muss überwunden werden.

Hierbei muss die Landesregierung bei der Antragstellung der Kommunen auf Weiterentwicklung ihrer Schulen zu Ganztageschulen überprüfen, ob und in welchem Umfang Gebühren für den Nachmittag im Rahmen der Ganztageschule verlangt werden.

Voraussetzung für die Anerkennung zur Weiterentwicklung als Ganztageschule sind wissenschaftliche Kriterien zur Überprüfung der pädagogischen Konzepte der Schulen, die sich zu Ganztageschulen weiterentwickeln wollen. Dies gilt auch für die pädagogische Qualitätssicherung der Schulen, die mit Bundesmitteln (IZBB) ausgebaut werden.

Die Einrichtung von Ganztageschulen ist als reformorientierter Schulentwicklungsprozess systematisch zu organisieren. Dazu benötigen Schulen auf Wunsch Unterstützung bei der Ausarbeitung pädagogischer Konzepte, bei der Umsetzung und bei der Evaluierung.

Die GEW fordert daher den Ausbau der wissenschaftlichen Begleit- und Wirkungsforschung vor allem an den Hochschulen des Landes.